



Protestierende Arbeiter vor dem Arbeitsministerium in Rom: Den Preis werden wohl erneut die Jungen bezahlen

THOMAS KOEHLER / PHOTOTHEK

SCHULDENKRISE

Agenda del Sol

48

Weil sie hoch verschuldet und nicht mehr wettbewerbsfähig sind, krepeln Südeuropas Krisenstaaten ihre Arbeitsmärkte um. Manche sehen Gerhard Schröders Reformpolitik dabei als Vorbild, andere als abschreckendes Beispiel.

Die zierliche Assunta Linza, 33 Jahre alt, und ihr Vater Giovanni, 60, graumeliert und gedrunken wie ein Bulldozer, sitzen auf dem Familensofa in Roms nördlicher Vorstadt. Assunta ist ein alter katholischer Name, der Vater hat ihn ausgesucht, er steht für die Himmelfahrt der Mutter Gottes und bedeutet: die Aufgenommene, die Eingestellte. „Mein Name ist ein Witz“, sagt Assunta und lächelt müde.

Sie hält ein Schreiben in den Händen, seit diesem Morgen ist es amtlich, sie ist arbeitslos und bekommt ab Juni keine staatliche Unterstützung mehr.

Es ist Mittwochabend vergangener Woche, im Fernsehen laufen die Nachrichten,

die Börsianer in Mailand hocken fassungslos vor ihren Bildschirmen, der Risikoauflaufschlag auf italienische Staatsanleihen ist auf 5,6 Prozent geklettert, so hoch wie seit Weihnachten nicht mehr. Und hier auf dem Sofa sitzen Vater und Tochter, sie sind die Gesichter der Krise.

Als Assunta Linza vor fünf Jahren ihren ersten unbefristeten Arbeitsvertrag unterschrieb, weinte sie vor Glück. Sie hatte Psychologie studiert mit Prädikatsexamen, anschließend jahrelang schwarzgearbeitet und Dutzende Praktika absolviert, nun durfte sie in einem Call-Center den Kunden eines italienischen Energiekonzerns erklären, wie sie ihre Gas- und Stromrechnungen zu lesen haben.

Sie verdiente 850 Euro im Monat, es war ein Knochenjob, mit Psychologie hatte er nichts zu tun, aber sie hatte einen festen Arbeitsplatz – bis das Call-Center vor zwei Jahren begann, nach Albanien abzuwandern. Bis Juni wird Assunta 600 Euro im Monat aus einem staatlichen Fonds beziehen und dann wieder auf ihren Vater Giovanni angewiesen sein.

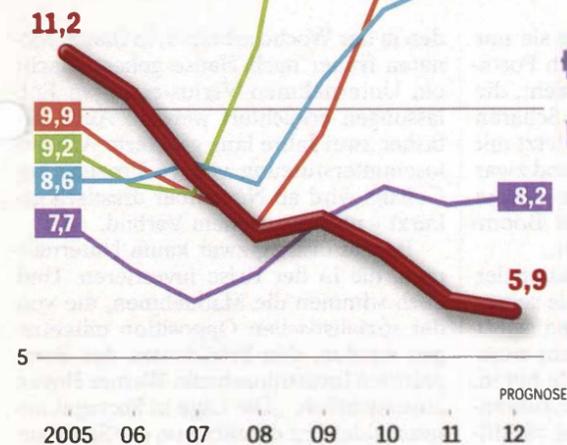
23 Jahre lang hatte dieser als Elektriker bei der staatlichen Eisenbahn gearbeitet, bis er 1994 in den Ruhestand ging. Damals war Giovanni Linza 42, er sollte Platz machen für junge Nachrücker. Er bekam eine satte Abfindung und eine Pension bis an sein Lebensende: 1200 Euro im Monat. Das ist mehr, als seine Tochter je ver-

Bittere Kur

Arbeitsmarktreformen in Südeuropa – und der deutsche Reformweg

Arbeitslosenquoten in Prozent

Quelle: EU-Kommission



Ausland

SPANIEN

- gesetzliche Abfindungen werden drastisch reduziert
- Lockerung des Kündigungsschutzes
- Löhne und Arbeitszeiten können in Unternehmen ausgehandelt werden
- Staatliche Prämien für neueingestellte Jugendliche an Unternehmen

GRIECHENLAND

- Wegfall von Lohnzuschüssen
- Einfrieren der Löhne, Absenkung der Mindestlöhne
- Laufzeit von Tarifverträgen wird verkürzt
- Unkündbare Arbeitsverträge werden durch Verträge mit üblichen Kündigungsfristen ersetzt

PORTUGAL

- Wegfall von drei bezahlten Urlaubstagen und vier Feiertagen
- Mindestlohn wird vorerst nicht erhöht
- Lockerung des Kündigungsschutzes, Absenkung von Abfindungen
- Tarifverträge gelten nicht mehr automatisch für alle Branchen

ITALIEN

- Firmen sollen untertarifliche Löhne zahlen dürfen
- Befristete Arbeitsverträge werden für die Unternehmen teurer
- Betriebsbedingte Kündigungen werden gegen Abfindung möglich
- Schnellverfahren bei Arbeitsprozessen

DEUTSCHLAND

Kernpunkte der Arbeitsmarktreformen 2003 bis 2005

- Ausweitung von Leiharbeit und Mini-Jobs
- Lockerung des Kündigungsschutzes und befristeter Arbeitsverhältnisse
- Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes
- Strengere Kriterien für den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung (Sperrzeiten, Prüfung der Bedürftigkeit, Zumutbarkeitsregeln)
- Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau (Hartz IV)



diente, und dabei hatte der Sohn eines Bauern aus Kalabrien nur die Grundschule absolviert und seinem Vater bei der Feldarbeit geholfen.

Es gibt in Europas krisengeplagtem Süden zahllose Geschichten, die denen von Assunta und Giovanni Linza ähneln, und es gibt sie nicht nur in Italien. Es gibt sie in all jenen Ländern, in denen die Wirtschaftseliten, die Gewerkschaften und vor allem die Politiker bis vor kurzem noch so taten, als wäre die Globalisierung an ihren Ländern einfach vorbeigezogen.

Erst die Euro-Schuldenkrise hat sie aus dieser Illusion gerissen, Staaten wie Italien, Spanien, Portugal und Griechenland, die nun fest im Würgegriff ihrer Schuldner stecken und gezwungen sind, ihre Staatsausgaben zu drosseln. Es ist für viele der größte politische und gesellschaftliche Einschnitt seit Jahrzehnten.

Dabei hatten diese Länder schon vor der aktuellen Krise Probleme mit ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Die Exportoffensive Chinas oder die neue Konkurrenz aus Osteuropa faktisch zu ignorieren konnte nur deswegen so lange funktionieren, weil es prosperierende nationale Märkte, üppige Überweisungen aus Brüssel und den Euro gab. Durch die gemeinsame Währung fielen die Zinsen in Spanien oder Griechenland auf historische Tiefststände, was einen Boom auf Pump beförderte. Es war plötzlich so billig wie

nie zuvor, ein Haus zu bauen, ein größeres Auto zu bestellen oder staatliche Wohltaten zu verteilen.

So feierten jene, die in Südeuropa Arbeit hatten, eine lange Party, die Reallöhne stiegen stark an. In Deutschland dagegen stagnierten die Löhne. Es war Gerhard Schröder, der damals mit seiner Agenda-2010-Politik und den Hartz-Gesetzen einen Umbau des Sozialstaats vorerzählte, der nun auch den Südländern bevorstehen dürfte.

Nach wie vor sind Schröders Arbeitsmarktreformen umstritten: Die Arbeitslosen- und die Sozialhilfe wurden zusammengelegt, Langzeitarbeitslose mussten drastische Einschnitte verkraften, die Zeitarbeit wurde liberalisiert, und Mini-jobs wurden geschaffen. „Fördern und fordern“ nannte das damalige Bundesregierung. Gemeint war, dass den Arbeitslosen nun auch schlechtbezahlte Jobs zugemutet wurden.

Heute haben 41 Millionen Menschen in Deutschland Arbeit – so viele wie noch nie, eine späte Genugtuung für Schröder. Dass davon jedoch 23 Prozent im Niedriglohnsektor arbeiten und dass die Real-löhne in den vergangenen elf Jahren um drei Prozent gesunken sind, ist die andere, die weniger schöne Seite der Medaille.

In den Ländern Südeuropas gab es in den Jahren vor der Krise keine Zumutungen, im Gegenteil. Der geborgte Boom

sorgte für Gehaltszuwächse – vor allem aber dafür, dass sich nichts an den starren Arbeitsmarktgesetzen änderte.

So hat in Europas Süden bis heute ein faktisches Kündigungsverbot überdauert, das zumeist dem Einzelnen, nicht aber der Gesellschaft im Ganzen nutzte. Die unschöne Wahrheit, dass Arbeitgeber nur dann Jobs schaffen, wenn sie ihre Mitarbeiter in Krisenzeiten auch entlassen dürfen, wurde ignoriert. So wie in Italien.

Unbefristete Vollzeitbeschäftigung und Kündigungsschutz sind im „bel paese“ bis heute so gut wie heilig. Sie sind ein sozialistisches Relikt aus den siebziger Jahren. An Italiens großem Tabu, einer Arbeitsmarktliberalisierung, versuchten sich bereits etliche Links- und Rechtsregierungen, um dann stets dem Protest der Massen nachzugeben.

Festgelegt ist der Kündigungsschutz im Artikel 18 des Arbeitsgesetzes, seit Jahren das Symbol im Kampf zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften.

1999 und 2002 wurden zwei Regierungsberater und Verfechter der Arbeitsmarktreformen von der Terrorgruppe „Neue Rote Brigaden“ erschossen, ihre Drohung lautete: „Wer den Artikel 18 anrührt, stirbt.“ Und Elsa Fornero, 63, Italiens neue Sozial- und Arbeitsministerin, geht mit sechs Bodyguards vor die Tür, seit sie im Januar eine Briefbombe erhielt – und erstmals Demonstranten gesichtet wur-



Psychologin Linza in Rom, Kauffrau Cruz in Lissabon: Eine ganze Generation droht verschlissen zu werden

den mit T-Shirt-Sprüchen wie „Fornero al cimitero“, Fornero auf den Friedhof.

Italiens Ministerpräsident Mario Monti, 69, wollte den Artikel 18 lockern, um für mehr Flexibilität zu sorgen. Betrieben mit mehr als 15 Mitarbeitern sollte ermöglicht werden, Angestellte mit unbefristeten Verträgen aus wirtschaftlichen Gründen zu entlassen – ohne dass ein Arbeitsgericht auch nach Jahren noch eine Wiedereinstellung und eine Abfindung von bis zu 27 Monatsgehältern anordnen kann. Der brutalen Alternative, die niemand so sehr wie Assunta und ihr Vater Giovanni Linza verkörpern – geschützte ältere Angestellte versus junge Prekäre –, sollte ein Ende gesetzt werden.

Doch wie schon seine Vorgänger knickte auch Monti ein. Sein neuer Gesetzesentwurf, den er kurz vor Ostern präsentierte, bleibt dabei: Wiedereinstellungen per Gericht sind möglich. Und so ist Montis Reformpolitik kein umfassender Entwurf wie die in Italien von vielen bewunderte Agenda 2010, es ist ein Kompromiss, um den noch lange gerungen wird.

Den Preis dafür werden wohl erneut die Jungen zahlen. Weil Kündigungen langjähriger Mitarbeiter entweder unmöglich oder extrem teuer sind, erhalten die jungen Leute allenfalls Zeitverträge.

So droht das Problem der Jugendarbeitslosigkeit eine ganze Generation zu verschleifen. Wie auch in Portugal.

Wenn Nídia Cruz, 33, im Armenviertel Odivelas am Rande von Lissabon zu Mädchen spricht, die von ihren Lebensgefährten geschlagen werden, macht sie ihnen Mut, ihre Zukunft selbst anzupacken. Sie sagt, die Mädchen sollten „einen Beitrag leisten für ihr Land“, damit sie sich „nützlich fühlen“ können.

Das klingt trotz aus dem Mund der ehrgeizigen jungen Frau, die sich selbst kaum noch heimisch fühlt in ihrem Land. Cruz verlor ihren letzten Job bei einer spanischen Firma, die mit der Krise in Konkurs ging, sie wurde arbeitslos, erhielt Sozialhilfe. Ein Fortbildungsstipendium der EU half ihr schließlich, einen kaufmännischen Abschluss zu machen.

Seither bewarb sich Cruz, wo sie nur konnte, doch die Arbeitsämter in Portugal, sagt sie bitter, „vermitteln nicht, die verwalten nur die wachsenden Scharen der Arbeitslosen“. Sie trägt sich jetzt mit dem Gedanken auszuwandern, und zwar nach Angola, einst eine portugiesische Kolonie, heute ein afrikanischer Boomstaat – dort wurde Cruz geboren.

Portugal, einer der ärmsten Staaten der Euro-Zone, liegt am Boden, viele seiner Bewohner fühlen sich inzwischen selbst kolonialisiert. Im vergangenen Jahr musste die Regierung Europa um Hilfe bitten, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Doch die Bewilligung eines 78-Milliarden-Euro-Kredits ist an harsche Sparmaßnahmen und Strukturreformen geknüpft, deren Einhaltung von der Troika aus Europäischer Union, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Zentralbank (EZB) überwacht wird. „Die Portugiesen haben noch gar nicht verstanden, was auf sie zukommt“, sagt der Aufsichtsratsvorsitzende einer Unternehmensgruppe.

Finanzkrise und Rezession verschärfen den Spardruck des Staates. Um mehr als drei Prozent, so die Regierung, werde die Wirtschaft dieses Jahr schrumpfen, es ist die wohl schlimmste Talfahrt seit dem Ende der Diktatur 1974.

Tatsächlich ist es dem EU-Land Portugal nie gelungen, eine stabile Wirtschaft aufzubauen. Als 2000 die Handelsbarrieren mit China fielen, war die führende Textil- und Schuhindustrie nicht mehr konkurrenzfähig. Mit der EU-Osterweiterung wanderten viele internationale Konzerne ab. Die privaten Haushalte hatten sich zudem haushoch mit billigen Krediten verschuldet.

Und so versucht die konservative Regierung von Pedro Passos Coelho nun vor allem, die Produktivität zu steigern: Vier Feiertage und drei Urlaubstage wurden im März gestrichen, zudem wurde die Einführung sogenannter Stundenkonten beschlossen, wie sie auch in Deutschland üblich sind: In Zeiten voller Auftragsbücher kann ein Arbeiter bis zu 50 Stun-

den in der Woche arbeiten, in flauen Monaten früher nach Hause gehen. Macht ein Unternehmen Verluste, sollen Entlassungen erleichtert werden. Auch die bisher zwei Jahre lang gewährte Arbeitslosenunterstützung von 70 Prozent des Gehalts wird ab November drastisch gekürzt – nach deutschem Vorbild.

Es gibt bislang zwar kaum Unternehmen, die in der Krise investieren. Und doch stimmen die Maßnahmen, die von der sozialistischen Opposition mitgetragen werden, den Präsidenten der Europäischen Investitionsbank, Werner Hoyer, zuversichtlich: „Die Lage in Portugal unterscheidet sich deutlich von der Situation in Griechenland.“ Nur Nídia Cruz dürfte, bevor die Wirtschaft wieder anspringt, schon ausgewandert sein.

Noch dramatischer als in Portugal ist die Lage des Arbeitsmarktes bei seinem Nachbarn Spanien. Mit fast 24 Prozent ist das Land Europas Spitzenreiter bei der Arbeitslosigkeit. Hier ist die Ursache vor allem in der Immobilienkrise zu suchen, einer Branche, die dem Land erst traumhaftes Wachstum und dann den alptrumhaften Absturz bescherte: Da Spanien seit der ersten Stunde im Euro-Verband war, sanken die Hypothekenzinsen Anfang des letzten Jahrzehnts auf nie gekannte Tiefen. Selbst Arbeiter waren in der Lage, Eigenheime zu erwerben und für jedes Kind eine Wohnung als Mitgift zu kaufen – alles auf Pump.

Bis 2008 entstanden jährlich etwa 800 000 Wohnungen. Um diesen Boom zu bewältigen, holten sich die Spanier Millionen Immigranten ins Land. Es war eine profitable Zeit für Leute wie José Ignacio Recoder, 66, der bis vor kurzem einen Familienbetrieb für Schneidemaschinen und Werkzeuge führte. Noch 2006 beschäftigte er 60 Angestellte und machte zwölf Millionen Euro Umsatz.

Mit der Immobilienkrise brach das Baugeschäft ein, Recoder musste 45 Mitarbeiter entlassen und Abfindungen in Höhe von 2,8 Millionen Euro zahlen. Das traf den Madrilenen so schwer, dass er sich in den Ruhestand zurückzog. Heute halten

sein jüngster Bruder und sein ältester Sohn die Firma am Überleben.

In der Krise verloren in Spanien zunächst die Ungeschulten ihren Job, dann die Arbeitnehmer mit Zeitverträgen. Wer einen unbefristeten Vertrag hatte und entlassen wurde, erhielt einen vergoldeten Handschlag – das waren eineinhalb Gehälter für maximal 42 Monate, ein Relikt aus Franco-Zeiten.

Die Konsequenz: Feste Stellen sind so rar wie nie, 93 von 100 Arbeitsverträge sind befristet. Um Spaniens Kleinunternehmern zu helfen, überhaupt wieder Personal einzustellen, verabschiedete die Regierung von Premier Mariano Rajoy am 12. Februar eine umfangreiche Arbeitsmarktreform.

Demnach können Unternehmen ohne Zustimmung der Gewerkschaften in schwierigen Zeiten Löhne und Abfindungszahlungen senken, Arbeitszeiten verändern und sogar entlassen. Sie müssen nur nachweisen, dass sie in drei aufeinanderfolgenden Quartalen Einbußen erlitten haben. Dem Arbeitnehmer bleibt dann nur der Weg vor das Arbeitsgericht.

Dass die Erwerbslosenzahlen in den kommenden Monaten erneut steigen werden, weiß auch Spaniens Premier. 2012 werde „nicht gut“, sagt Rajoy voraus. Er rechne damit, dass das Heer der Arbeitslosen bis Jahresende auf sechs Millionen anschwellen werde.

Experten fürchten, dass dann eine Klageflut auf Spaniens Arbeitsrichter zukommt. Obwohl sie dafür nicht ausgebildet sind, werden sie anhand von Unternehmensbilanzen entscheiden müssen, ob sie dem Arbeitnehmer oder dem Arbeitgeber recht geben. Allein, ob aus diesen Maßnahmen überhaupt neue Jobs erwachsen, ist mehr als ungewiss.

Auch in Griechenland wird der Horizont auf lange Zeit düster bleiben, und nur wenige vermögen dies zurzeit so bitter in Worte zu fassen wie Athens Übergangspräsident Loukas Papademos. „Wir werden etwas geben müssen, um nicht alles zu verlieren“, sagte der Regierungschef resigniert, bevor ihn die Abgesandten von EU, IWF und EZB im Januar besuchten. Um die Strukturreformen sollte es gehen, wieder einmal. Genauer: Um die von der Troika geforderten Änderungen auf dem griechischen Arbeitsmarkt.

So ist geplant, Sonderzahlungen abzuschaffen und die stufenweise Gehaltserhöhung nach Dienstjahren vorübergehend auszusetzen. Eine Senkung des Mindestlohns auf 585 Euro ist bereits beschlossen.



Junge Arbeitslose in Lissabon: Schlimmste Talfahrt seit 1974

Dabei ist die Öffnung des Arbeitsmarkts in Griechenland nur eine von zahlreichen Baustellen, an denen die Regierung arbeitet. Die größte Baustelle ist der Staat selbst – und seine ineffiziente Verwaltung. Mit einem nicht einmal mehr von Experten zu durchblickenden Regeldickicht legt sie das Land lahm.

Auch wegen dieser Überregulierung liegt der Arbeitsmarkt darnieder, auch ihretwegen befindet sich das Land im fünften Jahr der Rezession. Bei derzeit 21 Prozent Arbeitslosigkeit sind die drastischen Lohn- und Gehaltskürzungen vor allem eine simple Sparmaßnahme, um schnell Geld in die Staatskasse zu spülen.

Zu den Strukturreformen in Griechenland gehört auch die Liberalisierung der bislang geschlossenen Berufsgilden wie der der Taxifahrer, Anwälte und Apotheker. Mit rund 30 Gesetzesentwürfen hat die Regierung bereits versucht, die über Jahrzehnte gewachsenen Interessengeflechte aufzulösen – und lief damit ins Leere: „Sie können von mir aus gern Lizenzen umsonst verteilen“, sagt der Taxifahrer Athanasios Trakalas. Das bringe nichts, der Markt sei übersättigt. Etwa 14 000 Taxen gibt es in Athen, vor ein paar Jahren waren es noch 8000.

Seit die Menschen immer weniger Geld haben, gehen sie lieber zu Fuß oder nehmen die U-Bahn. Früher hat Trakalas im Sommer bis zu 6000 Euro im Monat verdient, jetzt sind es höchstens 1500 Euro. Die Liberalisierung seiner Branche sei pure politische Augenwischerei. „Reden wir lieber über Fußball“, sagt Trakalas.

Bei der Parlamentswahl am 6. Mai wird er die extreme Rechte wählen, „aus Protest“.

Griechenland hat, was das Niveau der Löhne angeht, in den vergangenen Jahrzehnten weit über seine Verhältnisse gelebt. Es war nicht das Niedriglohnland, das es gemäß seiner Wirtschaftsleistung hätte sein müssen. Seine ständig wachsenden Gehälter wurden von Krediten finanziert.

Und doch greift das radikale Kürzungsdiktat der Troika zu kurz, um die griechische Tragödie zu beheben, denn von echten Wachstumsmaßnahmen ist bislang kaum die Rede.

Ein Gespenst geht um in Südeuropa. Oder ist es doch ein guter Geist? „Europa“, so predigt Bundeskanzlerin Angela Merkel, „kann in der internationalen Konkurrenz mit aufstrebenden Mächten wie China oder Brasilien nur bestehen, wenn es so wettbewerbsfähig wie Deutschland wird.“ Doch eine Kanzlerin, die derzeit üppige Steuergeschenke wie das Be-

treuungsgeld einführen will, taugt nur bedingt zum Vorbild. Es ist eher die Reformpolitik ihres Vorgängers Gerhard Schröder, auf die Schuldenstaaten schauen.

Nur was genau können sie von den Deutschen lernen? Den rigiden Kündigungsschutz, der viele kleine Unternehmen in Südeuropa knebelt, hat es in Deutschland so nie gegeben.

Ob die Reformen schließlich weit genug gehen und die Unternehmen dazu bringen, mehr Jobs zu schaffen, wird sich erst nach der Krise zeigen. Wo diese Jobs entstehen sollen, ist ebenso unklar. Denn die industrielle Basis, auf der Deutschlands Wirtschaftswachstum beruht, ist im Süden des Kontinents deutlich schwächer.

Klar ist nur, dass die Südstaaten ihren Sozialstaat abbauen werden, weil sie ihn einfach nicht mehr finanzieren können.

Widerstände sind vorgezeichnet. Für Assunta Linza, die italienische Psychologin, ist der verkrustete Arbeitsmarkt ihres Landes zwar ein Übel. Und doch ist auch sie gegen die Abschaffung des umstrittenen Artikels 18, ohne den sie ihre befristete Unterstützung von 600 Euro im Monat nie bekommen hätte.

Erst neulich demonstrierte sie mit ihrem Vater auf der Piazza Venezia in Rom. Linza weiß, dass der wahre Kampf erst mit der nächsten Generation beginnt. „In Italien ist die Familie der Wohlfahrtsstaat. Mein Vater unterstützt mich. Die Frage ist, wer meine Kinder unterstützen wird.“

FIONA EHLERS, JULIA AMALIA HEYER,
CHRISTOPH PAULY, DANIEL STEINVORTH,
HELENE ZUBER